

Kurzbericht

Ausschuss für Inneres und Sport

(46. - öffentliche - Sitzung am 4. Dezember 2014)

Beratungsthemen:

Außerhalb der Tagesordnung:

Der Ausschuss bat um eine Unterrichtung durch die Landesregierung über den Stand der Gespräche mit dem Landkreis und der Stadt Goslar zur Aufnahme von Flüchtlingen und gegebenenfalls im Land bestehende vergleichbare Aufnahmewünsche. Er nahm in Aussicht, die Unterrichtung am 8. Januar 2015 entgegenzunehmen.

Der Ausschuss kam ferner überein, die für den 11. Dezember 2014 vorgesehene Sitzung ausfallen zu lassen.

Zur Tagesordnung:

1. **Entwurf eines Gesetzes über die Neubildung der Gemeinde Ilsede, Landkreis Peine**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/2254](#)

Der Ausschuss setzte die Beratung des Gesetzentwurfs auf der Grundlage der Vorlage 3 des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes fort. Er empfahl dem Plenum des Landtages mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der SPD, der Grünen und der CDU bei Stimmenenthaltung des Mitglieds der Fraktion der FDP, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 3 unter Berücksichtigung der Formulierungsvorschläge des GBD anzunehmen. Der Ausschuss verständigte sich auf einen schriftlichen Bericht. Die Berichterstattung übernahm der Abg. Karl Heinz Hausmann (SPD).

2. **Bürokratie abbauen - Ausländerbehörden effizienter machen**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/2312](#)

Der Ausschuss kam überein, zu dem Antrag eine Anhörung in schriftlicher Form durchzuführen, und verständigte sich darauf, der Landtagsverwaltung bis zum Ende des Dezember-Plenums den Kreis der Anzuhörenden mitzuteilen.

Der Ausschuss bat um eine Unterrichtung durch die Landesregierung zum aktuellen Sachstand. Ferner bat er die Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe um eine Stellungnahme nach § 18 b Abs. 4 Satz 4 GO LT und den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr sowie den Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration um Stellungnahmen nach § 28 Abs. 4 in Verbindung mit § 39 Abs. 2 GO LT.

3. **Beschlussfassung über den Antrag der CDU-Fraktion, durch die Landesregierung über die Festnahme eines Syrien-Heimkehrers in Wolfsburg, der sich am bewaffneten Kampf des „Islamischen Staats“ beteiligt haben soll, unterrichtet zu werden**

Der Ausschuss stimmte dem Unterrichtungswunsch zu. Er nahm in Aussicht, die Unterrichtung am 8. Januar 2015 entgegenzunehmen.